

Stand: 26.05.2026 14:12:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11164

"Tarifeinigung im TV-L auf Bayerns Beamtinnen und Beamte übertragen - Agenda für den öffentlichen Dienst 2030 vorlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11164 vom 19.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11178 vom 19.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 19.03.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Tarifeinigung im TV-L auf Bayerns Beamtinnen und Beamte übertragen – Agenda für den öffentlichen Dienst 2030 vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Bayern unverzüglich an den jüngsten Abschluss in der Tarifrunde der Länder (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder – TV-L) anzupassen und das Tarifiergebnis auf Besoldung und Versorgung ab dem 1. April 2026 zu übertragen, auch um eine verfassungsgemäße Alimentation sicherzustellen,
2. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern den Rücken zu stärken und Orientierung zu geben, anstatt sie zu verunsichern, insbesondere
 - bis Ende des ersten Halbjahres 2026 einen Plan für den angekündigten Abbau von 10 000 Stellen im öffentlichen Dienst in Bayern vorzulegen,
 - moderne Personalstrategien zu entwickeln und die Absenkung der familienpolitischen Teilzeitgrenze von bisher 18 auf künftig 14 Jahre zurückzunehmen,
3. dem Landtag eine Agenda 2030 für eine echte Modernisierung des gesamten öffentlichen Dienstes vorzulegen, mit der der öffentliche Dienst gezielt auf die Herausforderungen der kommenden Jahre, allen voran den demographischen Wandel und die Digitalisierung, vorbereitet ist. Zudem soll bei den derzeitigen Bestrebungen, den Staat und seine Verwaltung effizienter, einfacher, bürgernäher und digitaler zu machen, die öffentliche Verwaltung nicht nur mitgedacht, sondern auch stärker als bisher einbezogen werden, auch in die von der Staatsregierung angekündigte Kommission zur Staatsreform. Gewerkschaften und Verbände müssen Teil dieser Kommission sein.

Begründung:

Ein leistungsfähiger und attraktiver öffentlicher Dienst ist die Grundlage für einen funktionierenden Staat. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des jüngsten Abschlusses der Tarifrunde der Länder auf die Beamtinnen und Beamten ist daher geboten, um eine verfassungsgemäße Alimentation sicherzustellen und das Vertrauen in den Dienstherrn nicht weiter zu beschädigen. Gleichzeitig verschärfen der Fachkräftemangel und der demographische Wandel den Druck auf die Verwaltung erheblich. Vor diesem Hintergrund sind zusätzliche Belastungen – etwa durch unklare Pläne zum Abbau von 10 000 Stellen – ohne ein tragfähiges Konzept nicht verantwortbar.

Darüber hinaus braucht es eine klare Strategie zur Stärkung und Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Dazu gehören verlässliche Perspektiven für die Beschäftigten, moderne und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie eine echte Einbindung der Verwaltung in Reformprozesse. Die Rücknahme der Absenkung der familienpolitischen Teilzeitgrenze ist ebenso erforderlich wie eine umfassende Agenda, die Digitalisierung, Effizienz und Bürgernähe voranbringt. Bislang fehlt es jedoch an überzeugenden Konzepten, wie der öffentliche Dienst in Bayern langfristig attraktiver und zukunftsfest aufgestellt werden kann.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/11164

**Tarifeinigung im TV-L auf Bayerns Beamtinnen und Beamte übertragen –
Agenda für den öffentlichen Dienst 2030 vorlegen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Julia Post

Abg. Alfred Grob

Abg. Claudia Köhler

Abg. Jörg Baumann

Abg. Bernhard Pohl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Staatssekretär Martin Schöffel

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte -Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen (Drs. 19/11095)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tarifeinigung im TV-L auf Bayerns Beamtinnen und Beamte übertragen - Agenda für den öffentlichen Dienst 2030 vorlegen (Drs. 19/11164)

Wie bereits bekannt gegeben, hat die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag eine namentliche Abstimmung beantragt. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Arif Tasdelen für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte.

Arif Tasdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 14. Februar wurde ein Tarifabschluss mit insgesamt 5,8 % erzielt. Dieser Abschluss wurde hart verhandelt und fair errungen. Was sagt jedoch die Staatsregierung unseren Beamtinnen und Beamten? – Ihr bekommt das auch, aber später. Ihr müsst sechs Monate warten. Ich sage Ihnen ganz klar: Das ist kein Zeichen von Wertschätzung. Das ist ein Signal der Geringschätzung.

(Beifall bei der SPD)

Wer den Staat trägt, darf nicht auf später getröstet werden. Wer jeden Tag Verantwortung übernimmt, hat Anspruch auf sofortige Fairness, nicht auf Verzögerung.

Wir reden hier nicht über irgendeine Berufsgruppe. Wir reden über Menschen, die einen Eid auf unseren Staat leisten. Wir reden über Staatsdiener, über Menschen, die sich verpflichten, diesem Staat zu dienen – mit ihrer Arbeitskraft, mit ihrer Loyalität, im Zweifel mit ihrer Gesundheit, ja sogar mit ihrem Leben. Wir reden über Polizistinnen

und Polizisten, die jeden Tag rausgehen und nicht wissen, ob sie gesund zurückkommen. Wir reden über Richterinnen und Richter, die Recht sprechen, auch unter Druck. Wir reden über Justizbeamtinnen und Justizbeamte, die dafür sorgen, dass unser Rechtsstaat in Gerichten und Justizvollzugsanstalten funktioniert. Wir reden über Lehrerinnen und Lehrer, die unsere Zukunft formen.

Diese Menschen sichern jeden Tag unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie. Und genau deshalb steht ihre Alimentation nicht irgendwo, sie steht im Grundgesetz – nicht zufällig, sondern weil dieser Staat weiß: Wer ihn schützt, den muss er auch schützen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Beamtinnen und Beamte sind keine Kostenstelle. Sie sind das Fundament unseres Rechtsstaats. Wer am Fundament spart, gefährdet das ganze Gebäude.

Was passiert stattdessen? – Angriffe auf Einsatzkräfte nehmen zu, Respekt gegenüber dem Staat nimmt ab, und gleichzeitig sendet die Staatsregierung das Signal: Für euch reicht es nur verzögert. Was kommt bei den Menschen an? – Die Botschaft ist doch klar: Ihr seid weniger wert. Und das in einer Zeit, in der wir händeringend Nachwuchs suchen; in einer Zeit, in der viele Stellen unbesetzt sind; in einer Zeit, in der der Staat eigentlich Stärke zeigen müsste. Wer Respekt fordert, muss Respekt zeigen. Wer Loyalität erwartet, muss Fairness liefern. Alles andere untergräbt Vertrauen in den Staat.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie ganz ehrlich: Was passiert mit einer Demokratie, wenn das Vertrauen in den Staat bröckelt; wenn Bürgerinnen und Bürger merken, der Staat funktioniert nicht mehr richtig, er spart sich selbst kaputt, er behandelt seine eigenen Leute nicht fair? – Dann gerät etwas ins Wanken, nämlich das Vertrauen in unser Gemeinwesen. Ohne Vertrauen gibt es keinen stabilen Rechtsstaat. Ohne Vertrauen gibt es keine starke Demokratie.

Viele Beamtinnen und Beamte sagen mir: Die Preise steigen, die Miete steigt, der Alltag wird teurer, jeder Euro zählt. Und genau diesen Menschen sagen Sie: Wartet einmal ein halbes Jahr ab. Das ist politisch falsch und menschlich schlicht nicht gerecht. Viele Bundesländer schreiten voran und haben die vollständige und zeitgleiche Übertragung des Tarifabschlusses längst zugesagt.

Ich höre immer wieder Argumente von der CSU, von den FREIEN WÄHLERN, dass andere Bundesländer den Tarifabschluss deswegen sofort übernehmen, um keine Probleme mit der Alimentation zu bekommen. Insbesondere Herr Staatssekretär Schöffel, mit diesem Argument brauchen Sie mir heute nicht zu kommen. Baden-Württemberg hat identische Grundgehälter und übernimmt den Tarifabschluss für seine Beamtinnen und Beamten trotzdem zeit- und wirkungsgleich.

Wir als SPD-Fraktion stehen fest und ohne Wenn und Aber an der Seite unserer Beamtinnen und Beamten; denn ein starker Staat braucht einen starken öffentlichen Dienst.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Da kann man schon mal klatschen!)

Deshalb ist unsere Forderung klar: Beenden Sie diese Verzögerung. Übertragen Sie das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich. Zeigen Sie endlich Respekt, den unsere Beamtinnen und Beamte verdienen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Julia Post. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Julia Post (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss sagen: Was hier passiert, ist kein Detail. Es ist ein Systembruch. Über Jahrzehnte galt in Bayern: Tarifergebnisse werden zeit- und wirkungsgleich über-

tragen. Diese Verlässlichkeit kündigen Sie jetzt auf. Sechs Monate weniger Besoldung als Sparbeitrag im Haushalt – das ist keine Disziplin, das ist eine Respektlosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Staat, der seine eigenen Regeln relativiert, verliert seine wichtigste Währung: Vertrauen – die Grundlage dafür, dass dieser Staat funktioniert. Der öffentliche Dienst ist mehr als Verwaltung. Er ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens, ein Bollwerk unserer Demokratie. Lehrkräfte, Polizei, Justiz, Verwaltung – das sind die Menschen, die unseren Staat jeden Tag tragen. Wir brauchen mehr Menschen im Staat und nicht mehr Gründe, ihm fernzubleiben. Stattdessen senden Sie das Signal: Auf euch soll Verlass sein, aber auf uns ist es nicht.

Das ist nicht das Einzige, was Sie unseren Beamtinnen und Beamten derzeit zumuten: 10.000 Stellen weniger ohne Plan; Eingriffe bei der familienpolitischen Teilzeit in einer Zeit, in der Vereinbarkeit über Fachkräfte entscheidet; keine Strategie für die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Sie behandeln den öffentlichen Dienst nicht als Fundament, sondern als Verfügungsmasse. Deshalb geht es hier auch nicht um sechs Monate hin oder her. Es geht um die Stabilität dieses Staates. Wir sagen deshalb: Handeln Sie jetzt!

Erstens. Übertragen Sie das Tarifergebnis sofort zum 1. April.

Zweitens. Legen Sie endlich einen Plan für den Stellenabbau vor, und hören Sie auf, die Menschen zu verunsichern.

Drittens. Nehmen Sie die Verschlechterung bei der familienpolitischen Teilzeit zurück.

Viertens. Beenden Sie diesen Blindflug, entwickeln Sie eine klare Strategie für den öffentlichen Dienst, und beteiligen Sie bitte auch die Beamtinnen und Beamten bei der neuen Kommission Staatsreform, die Sie angekündigt haben.

Wer Vertrauen verspielt, schwächt den Staat. Wer den Staat schwächt, gefährdet auch unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir stehen mit dem, was Sie hier vorhaben, vor einer Richtungsentscheidung: Verlässlichkeit oder Vertrauensbruch, Stärke oder Selbstbeschädigung. Wir GRÜNE sagen ganz klar: keine Verzögerung, kein Systembruch, keine Politik gegen die eigenen Leute.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Alfred Grob. Bitte, Sie haben das Wort.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das, was die SPD und die GRÜNEN sagen, ist schon irgendwie starker Tobak. Es erinnert mich schon ein bisschen an eine Mischung aus Opportunismus und Populismus.

(Zurufe von der SPD)

Fehlende Wertschätzung, Respektlosigkeit nur deshalb, weil man die Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten drei Monate nach hinten schiebt?

(Weitere Zurufe)

– Bitte zuhören!

(Zuruf: Sechs!)

– Sechs, ja! Nur deshalb, weil man das macht, wird immer wieder gesagt, wir hätten eine Zweiklassengesellschaft von Beamten und Tarifbeschäftigten.

Meine Damen, meine Herren, das ist mitnichten so. Ich sage ganz entschieden:

(Zurufe)

– Bitte hören Sie zu, wir kommen schon darauf! – Es ist nicht nur falsch, was Sie sagen, sondern die fiskalische Realität und die Lebenswirklichkeit haben sich doch in den letzten Monaten und Jahren deutlich verändert. Vielleicht einmal: Was war bis dahin?

(Unruhe – Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Vielleicht einfach mal zuhören!)

Bayern hat in den letzten Jahren doch sehr, sehr viel für die Beamten getan,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mehr als alle anderen Bundesländer. Seit 2013 wurde jeder Tarifabschluss im öffentlichen Dienst eins zu eins und zeit- und systemgerecht übertragen. Das heißt, bis dahin wurden alle Beschlüsse eins zu eins übernommen.

Es gab einen Aufschwung, die Konjunktur ist gestiegen, die Beamten haben partizipiert, die Zulagen wurden dynamisiert. Seit 2020 wurde die Eingangsbesoldung nach oben geschoben. 2023 haben wir die Neuausrichtung der orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteile hinzugefügt. Das heißt, für die allermeisten Beamtinnen und Beamten ist eine dauerhafte strukturelle Verbesserung eingetreten.

Wo sind die Lehrer? Wir haben Stück für Stück für die Grundschullehrer und für die Mittelschullehrer A 13 geschaffen. Das geht richtig in die Kassen.

(Zuruf)

Jetzt soll doch keiner sagen, der Freistaat Bayern stehe nicht zu seinen Beamtinnen und zu seinen Beamten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das stimmt doch so nicht, im Gegenteil! Bayern steht bei der Beamtenbesoldung im Ländervergleich immer noch mit an der Spitze. Das kann man alles belegen.

Deshalb ist auch vollkommen klar: Wir stehen als Regierung und als CSU uneingeschränkt zu unserem Berufsbeamtentum. Ich war selber 33 Jahre Beamter, und ich weiß auch, was hier geleistet wird. Ich sage hier auch ausdrücklich Danke schön und Respekt an die Polizeibeamten, an die Finanzbeamten und alle Beamtinnen und Beamten bei der Staatsanwaltschaft und anderswo. Sie leisten Großes, und ich habe auch Respekt davor. Aber die Konjunktur hat sich geändert, und die Zeiten sind härter geworden. Fragen Sie mal die Beschäftigten in der Automobilindustrie – ich komme aus Ingolstadt –, fragen Sie mal bei den Zulieferbetrieben, wie es aussieht. Dort geht die Angst um, die Angst vor Stellenabbau, die Angst vor Existenzverlusten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diese Sorgen haben die Beamten Gott sei Dank nicht. Aber auch Bayern muss etwas tun, nämlich seinen Haushalt konsolidieren. Das ist für mich etwas ganz Wichtiges. Erstens geopolitische Krisen und zweitens der feste Vorsatz, im Haushalt keine neuen Schulden zu machen, zwingen uns dazu. Diese zeitliche Verschiebung der Tarifanpassung ist der Beitrag unserer Beamtinnen und Beamten – das möchte ich ausdrücklich sagen – für einen soliden Haushalt, von dem sie dann auch in Zukunft wieder profitieren werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen, meine Herren, oberstes Ziel war für mich und für uns alle, dass wir keine Nullrunde bekommen. Es ist ja nicht so, dass wir in Bayern noch nie eine Nullrunde gehabt hätten. 2011 hatten wir eine Nullrunde. Was würde eine Nullrunde bedeuten? – Dass man natürlich das Niveau nicht halten kann, dass bis zum Ende der Besoldung diese Lücke bleibt. Das wollten wir nicht. Deswegen haben wir gesagt: Um die Nullrunde zu vermeiden, ist es angemessen, die Umsetzung der Tarifierhöhung um ein halbes Jahr nach hinten zu schieben. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Kompromiss, und perspektivisch hat dieser Kompromiss deutlich weniger Nachteile als eine Nullrunde.

Meine Damen, meine Herren, vielleicht noch einen Satz zu dem Argument der SPD, dass die anderen Bundesländer das alles zeitgleich übertragen haben: Wir hatten erst im Februar ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Alimentation. Da muss ich mal sagen: Da gibt es Länder wie Berlin und ganz andere, denen jetzt doch gar nichts anderes übrig bleibt.

(Arif Taşdelen (SPD): Was ist mit Baden-Württemberg?)

Sie haben vom Bundesverfassungsgericht die gelbe und auch die rote Karte bekommen, weil sie über 20 Jahre falsch alimentiert haben. Ich bin sicher, dass das in Bayern eben nicht der Fall war, weil wir Stück für Stück und Schritt für Schritt unsere Alimentation angepasst haben und deswegen unsere Beamten auch gut alimentiert sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss vielleicht noch eine Bemerkung in Richtung SPD: Es ist schon schön, dass man hier im Kleinen diskutiert, wenn es um die Hinausschiebung von sechs Monaten geht. Jetzt schauen wir mal nach Berlin. Was passiert denn dort? – Dort wird permanent ein Frontalangriff auf die Beamtenpensionen gefahren. Frau Bas würde doch am liebsten alle Beamtinnen und Beamten in die Rentenversicherung reindrücken. Oder die Gesundheitsfürsorge: Sie rüttelt doch permanent an der Beihilfe und will die Beamten in der Bürgerversicherung sehen. Das sind die Big Points für die Beamten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit anderen Worten, Freunde: In Bayern beklagen wir ein paar Gramm, und in Berlin werfen wir die Kilos über Bord. Das passt doch nicht zusammen.

Zum Schluss, meine Damen, meine Herren: Ja, die Verzögerung der Tarifanpassung ist schmerzhaft. Das will ich nicht, das trifft auch unsere Familie, das sage ich ganz persönlich. Das macht keinen Spaß, und das wollten wir nicht unbedingt machen.

Aber es ist erforderlich, und es ist vernünftig angesichts der konjunkturellen Entwicklung.

Aber ich weiß auch – und da bin ich im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und mit dem Fraktionsvorsitzenden –: Dieser einmalige Beitrag wird honoriert. Das werden wir natürlich auch in der Zukunft wieder entwickeln, mit den Beamtinnen und Beamten. Wir sind auch im Gespräch mit allen Gewerkschaften und sind in der Kommunikation. Das ist nicht von oben herab. Das wird gezielt gemacht und wird begleitet.

(Arif Taşdelen (SPD): Wie wird das honoriert?)

Deshalb lehnen wir perspektivisch den Antrag der SPD ab. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Das Wort hat die Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Kollege Grob, schön wäre es ja gewesen, Sie hätten vorher das Gespräch mit den Betroffenen gesucht, um eine vernünftige Lösung zu finden. So wie es jetzt ist, schaut es nach Gutsherrenart aus. Wenn Sie alle auffordern, ihren Beitrag zu leisten, frage ich Sie schon: Sie selber haben sich heuer so viel als Fraktionsreserve aus dem Haushalt genommen wie noch nie. Die Abgeordneten von CSU und FREIEN WÄHLERN haben sich 110 Millionen Euro rausgenommen, um sie kleinweise bei sich in den Stimmkreisen zu verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das hört sich so an, als hätten wir das in die eigene Tasche gesteckt! Das ist ja unverschämt! – Martin Wagle (CSU): Das ist unerhört! – Weitere Zurufe von der CSU)

Diese Woche, das kann man in der Zeitung lesen, werden Schecks übergeben, gibt es überall die Wohltat vor Ort für kleine kommunale Projekte. Da wäre Bescheidenheit oder mal ein halbes Jahr Verzögerung und etwas weniger angebracht gewesen. Da waren Sie aber großzügig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Grob, bitte.

Alfred Grob (CSU): Es hat ja einen guten Grund gegeben, warum ich mit Populismus und Opportunismus angefangen habe. Genau das geht in die Richtung. Wir sparen haushalterisch gesehen gut 600 Millionen Euro durch diese Maßnahme ein. Das fließt irgendwann wieder an die Beamtenschaft zurück. Das ist das eine. Sie sprechen von 100 Millionen aus der Fraktionsreserve.

(Claudia Köhler (GRÜNE): 110 Millionen!)

– Oder 110 Millionen. – Wenn man das voneinander abzieht, dann bleibt noch ein bisschen was übrig. Das eine hat mit dem anderen eigentlich nichts zu tun. Das ist Äpfel, Birnen und Bananen vergleichen. Aber das kennen wir ja auch ein bisschen von Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE):
Selbstbedienung und bei den anderen sparen! – Zuruf des Abgeordneten Michael
Hofmann (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU – Gegenrufe von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

So, und Sie beruhigen sich jetzt bitte mal alle wieder.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Besucher auf der Tribüne! Es war klar und abzusehen, dass diese Diskussion sehr emotional geführt wird. Emotional natürlich auch, weil, denke ich, jeder von uns hier im Hohen Haus auch entsprechende Zuschriften von betroffenen Beamten oder ihren Familien bekommen hat. Hinter jedem Beamten steht auch eine Familie, und diese Familien müssen natürlich auch die ganzen Preissteigerungen mittragen, die steigenden Preise für Energie, für Lebensmittel und Sonstiges. Von daher ist natürlich ein Unmut da, weil man sagt: Ja, ich hätte auch gerne die Übernahme des Tarifvertrags lieber heute als in sechs Monaten.

Wir haben aber prinzipiell ein ganz anderes Problem in Bayern; und zwar ist das ein aufgeblähter Staat mit zu vielen Beamten und zu vielen Beschäftigten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass man hier Personal abbauen will. Das ist absolut richtig. Aber wenn man jetzt sagt, man möchte bei den Beamten sparen, dann finden wir, das ist nicht der richtige Weg.

Es war erst gestern im Innenausschuss, dass unsere Polizeibeamten völlig zu Recht – das muss man sagen – gelobt wurden. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist wieder aus, dass Bayern das sicherste Land ist. Die Kriminalitätsrate ist gesunken. Aber dieses Lob kostet natürlich kein Geld. Das ist leicht ausgesprochen.

Deshalb fordern wir von der AfD bzw. bitten darum, dass der Tarifvertrag übernommen wird. Wenn ich dann von Ihnen, Kollege Grob, höre, dass das der Beitrag unserer Beamten ist, um im Haushalt zu sparen, dann kann ich nur sagen: Es ist halt blöd, wenn diese Beamten vorher gar nicht gefragt wurden.

(Beifall bei der AfD)

Für uns ist ganz klar: Wir stehen zu den Beamten, die es gibt. Wir sagen aber auch, wir müssen das Beamtentum verkleinern. Wir brauchen weniger Beamte in Bayern.

Von daher sagen wir als AfD-Fraktion: Vielen Dank an die Beamten, an die Polizeibeamten in Bayern. Wir schätzen ihre Arbeit wert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Tarifsteigerung schnellstmöglich übernommen wird. Deshalb werden wir dem Antrag der SPD, der sich rein darauf bezieht, auch zustimmen. Beim Antrag der GRÜNEN, die noch einiges in ihren Antrag mit reinschmuggeln wollten, werden wir so nicht mitgehen können. Den lehnen wir selbstverständlich ab.

Die Personalstrategie, die Teilzeitgrenze bei der familienpolitischen Teilzeit von bisher 18 auf künftig 14 Jahre zu senken, ist zum Beispiel ein wichtiger und richtiger Schritt. Das sehen wir ähnlich wie die Staatsregierung.

Von daher vielen Dank an unsere Beamten!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verschiebung der Anpassung der Bezüge für Beamte um sechs Monate ist schmerzlich, da brauchen wir nicht drum herumzureden. Das Opfer, das die Beamten hier bringen müssen, ist nicht klein. Ich sage es auch ganz offen: Wenn ich Mitglied einer Oppositionsfraktion wäre, hätte ich diesen Antrag vermutlich auch gestellt. Als Mitglied einer Regierungsfraktion sage ich aber: Ich stehe zu dem, was wir beschlossen haben; denn auch die Beamten leisten einen Beitrag dafür, dass wir einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen und am 27. April verabschieden werden. Das hat Herr Kollege Grob völlig richtig dargestellt. Das ist Solidität, schafft Vertrauen und ist zukunftsweisend.

Wenn ich die Argumente höre, die Beamten müssten ein Sonderopfer bringen, sage ich: Das stimmt nicht ganz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das Kinder-

startgeld gestrichen. Im Zuge dessen gab es einen lauten Aufschrei. Wir haben auch in vielen anderen Bereichen Kürzungen bzw. nicht aufwachsende Haushaltsstellen, die uns wehtun. Ich schiebe das nicht darauf, dass die Haushaltsmittel aufgrund einer verfehlten Regierungspolitik der Ampel-Regierung nicht üppiger sind. Nein, das ist ein Haushalt, den wir selbst verantworten. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Wir stellen uns vor die Beamten und gestehen zu, dass sie ein schmerzliches Opfer bringen mussten und müssen.

Die Wahrheit ist aber auch, dass wir unseren Gesamthaushalt in den Blick nehmen müssen. Wenn die SPD und die GRÜNEN diverse Argumente anbringen, die auf Wertschätzung abzielen, muss ich schon fragen: Wer redet denn landauf, landab von angeblichen Beamtenprivilegien und meint damit die Altersversorgung und die Krankenversorgung? – Das ist unanständig und schäbig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Arif Taşdelen (SPD): Nicht wir! Die Lifestyle-Teilzeit kam von Ihnen, nicht von uns!)

– Herr Kollege Taşdelen, selbstverständlich fordert ihr ständig die Bürgerversicherung, in die auch Beamte einzahlen sollen. Das wäre eine reale Lohnkürzung um 25 %. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Wagle (CSU): Hört, hört! – Arif Taşdelen (SPD): Das stimmt auch nicht!)

Deswegen muss man ehrlich sein. Wir sind ehrlich. Wir sagen: Das ist hart für euch. Aber wir sagen auch: Ihr, die ihr euch jetzt schützend vor die Beamten stellt, legt an anderer Stelle die Axt an das Berufsbeamtentum, und zwar in einer Art und Weise, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg keine politische Kraft in diesem Land getan hat.

(Arif Taşdelen (SPD): Zeigen Sie mir bitte einen Antrag von uns, der das belegt!)

Frau Kollegin Köhler, einen kleinen Seitenhieb kann ich mir jetzt nicht verkneifen: Für eine Haushaltspolitikerin ist es einigermaßen billig, ständig auf die Fraktionsinitiativen

hinzuweisen, die nicht "Fraktionsreserve" heißen. Sie wissen ganz genau, dass das Ausgaben für Kunst, Kultur, Sport und Soziales sind. Sie haben selbst gesagt, dass da viele gute Dinge dabei sind. Jetzt wollen Sie das gegen die Beamtenbesoldung ausspielen, und das nach zwei Wochen Haushaltsberatung. Liebe Kollegin, das ist schäbig. Ihren Antrag und den Antrag der SPD werden wir ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Martin Schöffel das Wort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD ist überschrieben mit "Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte". An den Beginn meiner Rede möchte ich noch einmal stellen: Wir sind unseren bayerischen Beamtinnen und Beamten, unserem öffentlichen Dienst, unserer bayerischen Staatsverwaltung zu Dank verpflichtet für ihren hervorragenden Einsatz. Das gilt für die gesamte Staatsverwaltung. Wir belegen bei vielen Verwaltungsvorgängen Spitzenplätze, auch im bundesdeutschen Vergleich. Die Menschen erwarten von unserem Staat Rechtssicherheit, Ordnung, Sicherheit und beste Bildung. Das gewährleisten wir. Deswegen geht ein herzlicher Dank an unsere Beamtinnen und Beamten, an Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten und an alle Beamten im öffentlichen Dienst. Wir sind dankbar für ihren Einsatz. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten, auch in schwierigen Situationen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können voller Selbstbewusstsein sagen: Die Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten zeigt sich auch in der bayerischen Besoldung, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgebaut haben. Wir haben eine hervorragende Besoldung

im Bundesvergleich. In Bayern gibt es zum Beispiel noch eine Jahressonderzahlung, die es selbst in Baden-Württemberg nicht gibt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Wir haben eine Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst, die gerade in vielen privaten und kleinen Unternehmen, auch in der Industrie nicht vorhanden ist. Viele Menschen fürchten um ihre Existenz und bekommen den Lohn nicht oder zu spät ausgezahlt. Auf eine Situation, in der Unternehmen viel weniger Gewinne einfahren und öffentliche Haushalte unter Druck geraten, muss in allen Bereichen reagiert werden. Es ist derzeit eigentlich nirgends Platz für große Lohnsteigerungen. Es ist deswegen verantwortungsvoll, auch im bayerischen Staatshaushalt so zu verfahren. Wir wollen auch in Zukunft einen soliden und zukunftsfesten Haushalt haben. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist für alle Bereiche wichtig; denn solide Finanzen sind die Basis von allem.

Ein ausgeglichener Haushalt in Bayern ist wichtig für die Zukunft und verantwortungsvoll für zukünftige Generationen und die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, beispielsweise für die Beihilfe und Altersversorgung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf diese solide Haushaltspolitik kann sich jeder verlassen, auch unsere Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu einem ausgeglichenen Haushalt gehört auch jeder Änderungsantrag, den die Fraktionen stellen. Gerade ist über das Thema Fraktionsinitiativen gesprochen worden. Ich kann nur noch einmal unterstreichen: Es ist das Haushaltsrecht jedes einzelnen Abgeordneten, Umschichtungen unter der Überschrift des ausgeglichenen Haushalts vorzunehmen. Es geht um wichtige Weichenstellungen für Sportvereine und soziale Einrichtungen und eben nicht um zusätzliche Leistungen für die Abgeordneten selbst. Von Selbstbedienung zu sprechen, ist schon ein starkes Stück, insbesondere wenn man auch vielen Maßnahmen zustimmt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen großen Konsolidierungsbedarf im Staatshaushalt. Das ist so, wenn wir weiterhin solide Finanzen haben wollen. Deswegen müssen viele Bereiche einen Beitrag leisten. Wir sparen stark bei Sachkosten. Wir sparen stark bei freiwilligen Leistungen. Wir fahren hohe globale Minderausgaben. Wir können auch den Personalbereich nicht vollständig ausnehmen, der 40 % unseres Haushaltes umfasst. Ich möchte noch einmal unterstreichen, was Kollegen wie Alfred Grob auch gesagt haben: Die Besoldungserhöhung kommt. Es wird niemandem etwas gekürzt. Sie ist zwar sechs Monate verspätet, aber sie kommt. Darauf können sich alle verlassen.

Was sollen denn die anderen Teile der Gesellschaft denken, würden wir nicht so handeln? – Wir wollen gerade keine Privilegien-Debatte. Wir wollen unseren öffentlichen Dienst auch in Zukunft gut versorgen und einen Beitrag dafür leisten, dass die Demokratie und unser Rechtsstaat auch weiterhin stark sind.

Wenn auf andere Bundesländer verwiesen wird, entgegne ich: Wir haben in Bayern bezüglich der Frage der amtsangemessenen Alimentation keinen Nachholbedarf. Wir sind in den letzten Jahren in Vorleistung gegangen, haben alle Tarifergebnisse eins zu eins auf den Beamtenbereich übertragen, leisten fast als einziges Bundesland eine jährliche Sonderzahlung und haben zum Beispiel bei der Frage des Orts- und Familienzuschlags in den letzten Jahren ein deutliches Plus für die Beamtinnen und Beamten herausgeholt. Wir haben mit hohen dreistelligen Millionenbeträgen umgesetzt, was gefordert worden ist. Diese Leistung erhalten die Tarifbeschäftigten übrigens nicht, was der Vergleich von Beamtinnen und Beamten mit Tarifbeschäftigten beispielsweise in München zeigt. Ich will darauf hinweisen, dass wir hinsichtlich der amtsangemessenen Alimentation alles umgesetzt haben, was das Bundesverfassungsgericht zur Alimentsrechtsprechung dargelegt hat. Wir haben also keinen Nachholbedarf.

Ich möchte noch einmal auf das Thema der familienpolitischen Teilzeit zurückkommen. Diese gibt es in Bayern noch bis zum 14. Lebensjahr der Kinder. Das ist richtig und

angemessen. Darüber hinaus gibt es weiterhin die Antragsteilzeit mit der Möglichkeit der Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 50 %. Wir bieten optimale Möglichkeiten, Familie und Beruf im öffentlichen Dienst optimal zu vereinbaren. Ich appelliere also an die Solidarität jedes Einzelnen. Die Konsolidierungsbeiträge sind auch in diesem Bereich notwendig.

Wir mussten Maßnahmen ergreifen; das ist richtig. Aber sie sind auch angemessen, weil die Erhöhung trotzdem kommt und wir im öffentlichen Dienst auch andere Vorteile haben: Einen sicheren Arbeitsplatz, beste Versorgung, und die Leute müssen nicht monatelang auf einen Arzttermin warten. Das ist unsere große Stärke in Bayern. Wir haben ein Verantwortungsgefühl für unsere Beamtinnen und Beamten. Die Verwaltung ist eine tragende Säule. Zu diesem Fundament unserer Stabilität und Sicherheit werden wir auch in Zukunft stehen, auch in diesen schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Arif Taşdelen von der SPD.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Staatssekretär, wenn es darum ging, den Tarifabschluss zeit- und systemkonform zu übernehmen, hat es sich Herr Minister Füracker in den letzten Jahren nicht nehmen lassen, das selbst zu verkünden und sich wirklich auch feiern zu lassen. Beim letzten Mal, im Jahr 2022, hat er mit dem Satz begonnen: Bayern steht wie immer zu seinen Beamtinnen und Beamten. – Den Umkehrschluss können wir uns jetzt denken. Heute gibt es nichts zum Feiern, er hat sicherlich einen wichtigen Termin, deswegen lässt er sich hier heute nicht feiern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was für eine Unterstellung!)

Sie haben die Möglichkeit angesprochen, Haushaltsanträge zu stellen. Wir werden dazu auch einen Haushaltsantrag stellen. Ich möchte eines sagen: Wenn wir bei Polizistinnen und Polizisten sind, verpasst Herr Innenminister Herrmann keine Gele-

genheit, um auf uns als Opposition zu zeigen und zu betonen, dass wir dem Haushalt nicht zugestimmt haben. Also für dieses Protokoll wird festgehalten: Wir werden diesem Haushalt in diesem Punkt nicht zustimmen, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): – weil die Beamtinnen und Beamten hier schlechter gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Taşdelen. – Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege Taşdelen, ich kann nur dazu raten, dem Haushalt zuzustimmen. Er ist gut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe das jetzt umfassend ausgeführt. Wir können die Besoldung unseres öffentlichen Dienstes und auch die Alimentation unserer Beamtinnen und Beamten wirklich weiterhin feiern. Wir können selbstverständlich auch jederzeit die hervorragende Arbeit unseres Finanz- und Heimatministers Albert Füracker feiern, der immer wieder hier ist, im Parlament spricht und auch zu diesem Thema bei den Verbänden usw. in diesem Sinne jederzeit Stellung nehmen wird. Lassen Sie uns zusammenhalten und diesen Haushalt, der wirklich zukunftsgerichtet ist, miteinander beschließen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/11164 abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11095. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:13 bis 16:16 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/11096 und 19/11097 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, wieder Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche zu beenden, damit wir mit der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich erlaube mir, die kurze Sitzungsunterbrechung zu nutzen, um Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema "Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte – Tarifiergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen" auf

Drucksache 19/11095 bekannt zu geben. Mit Ja haben 65 Abgeordnete, mit Nein 88 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.03.2026 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte -Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen (Drs. 19/11095)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst				Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara				Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Gmelch Christin	X		
Blume Markus				Goller Mia			
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias		X	
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard	X		
Bozoglu Cemal	X			Griebhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian	X			Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine	X		
Dr. Büchler Markus	X			Grossmann Patrick		X	
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X						
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel	X		
Demirel Gülseren	X			Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc				Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard			
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian			
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton			
Roon Elena	X		
Saller Markus			
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	65	88	0